

1989: Gesellschaft im Umbruch – Lehren für morgen?

12. August 2009

Das Volk, die Bürgerrechte und die herrschende Macht -- Die Wende vor 20 Jahren und der Fall der Diktaturen in Osteuropa

Der Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989, dem Jahr der "friedlichen Revolutionen", stellt eine "historische Zäsur" dar. Sie markierte das Ende des Kalten Krieges und der kommunistischen Diktaturen in Osteuropa und mit ihr wurde der Weg zur Überwindung der Teilung Europas geebnet. Wer waren die Protagonisten in diesem bedeutendsten Prozess historischer Umwälzungen nach dem 2. Weltkrieg und welches Erbe hat uns die "Wendezeit" hinterlassen? Diese Fragen waren u.a. Thema einer mehrtägigen Diskussionsreihe in Berlin und ist Gegenstand zahlreicher Neuerscheinungen.

Von Elisabeth Hellenbroich

Im Frühjahr dieses Jahres fand in Berlin eine Veranstaltungsreihe "Geschichtsforum 1989/2009 -- Europa zwischen Teilung und Aufbruch" unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten Horst Köhler statt, wo Bürgerrechtler und prominente Politiker aus Polen, Ungarn, Tschechien und der Slowakei neben politischen Vertretern aus Ost- und Westdeutschland in verschiedenen Foren einen Rückblick auf die revolutionären Ereignisse von 1989 vornahmen. Zu den Diskutanten eines Forums im Collegium Hungaricum gehörte u.a. der ehemalige Leiter des ungarischen Kulturinstituts und mit vielen Preisen ausgezeichnete Schriftsteller György Dalos. Er ist Autor des im C.H. Beck Verlag erschienenen Buches "Der Vorhang geht auf. Das Ende der Diktaturen in Osteuropa". An den Podiumsdiskussionen beteiligten sich außerdem der ehemalige stellvertretende Ministerpräsident der SSR und jetzt in Bratislava als Rechtsanwalt tätige Dr. Ján Carnogursky sowie Zbigniew Bujak, ein führender Protagonist bei den von Solidarność organisierten Streiks in den Ursuswerken und bekannt als "Robin Hood" des polnischen Widerstands während der Zeit des Kriegsrechts. Des Weiteren diskutierten der ehemalige Ministerpräsident Reinhard Höppner aus Sachsen-Anhalt, der SPD Bundestagsabgeordnete Markus Meckel und CDU Bundestagsabgeordnete Stefan Eisel, der Anfang der 90er Jahre stellvertretender Leiter des Kanzlerbüros in Bonn war.

Die Podiumsdiskussion, in der bisweilen unterschiedliche Positionen heftig aufeinander prallten, machte deutlich, dass eine Aufarbeitung der Ereignisse vor 20 Jahren und die Frage, welche Rolle die Bürgerrechtler auf der einen und die Machteliten auf der anderen Seite im Herbeiführen der Wende spielten, gerade erst begonnen hat. Je größer die Fülle der Bücher, Augenzeugenberichte oder Memoiren über diese "Wende-Zeit" -- aus der der vorliegende Artikel nur einen Ausschnitt geben will --, umso komplexer wird die Frage nach den Ursachen und den Lehren und dem Erbe dieser "Wendezeit", auf welches wir uns heute berufen können, um die Zukunft einer neu entstehenden multipolaren Welt zu gestalten.

Umbruchszeit- nicht abgeschlossen

Im Berliner Collegium Hungaricum sprach der ehemalige Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt Reinhardt Höppner, von einem "Unbehagen". Er monierte, dass die in der damaligen DDR ablaufenden revolutionären Prozesse -- Höppner sprach von einer kurzen Zeitspanne zwischen dem 9. Oktober und 9. November 1989 -- (vom

Westen) "vereinnahmt" worden seien. Die Bürger in der damaligen DDR hätten nicht genügend Zeit gehabt, ihre Angelegenheit selbständig in die Hand zu nehmen; das betrifft u.a. die Ausarbeitung und Abstimmung über eine neue Verfassung, welche damals erwogen wurde, wie auch die Gestaltung der wirtschaftlichen Zukunft. Zugleich beklagte Höppner, dass es bis heute nicht gelungen sei, "die Geschichte in West und Ost zusammen zu sehen." Der CDU Bundestagsabgeordnete Eisel hielt dem entgegen, dass bei der Frage "Beitritt" oder neue Verfassung die Volkskammer damals mehrheitlich für einen Anschluss an das Grundgesetz entschieden habe. "Was hätte in der neuen Verfassung anderes stehen sollen, als was im Grundgesetz steht?" Zbigniew Bujak forderte eine "differenziertere" Betrachtung der Ereignisse von 1989. In der heutigen historischen Debatte werde viel zu wenig auf die "Vorreiterrolle" hingewiesen, welche Polen mit der Gründung von Solidarno[und die von Solidarno[seit 1981 landesweit organisierten Streiks für mehr Arbeiterrechte in Europa gespielt haben. "Für uns war damals der Kampf für die Menschenrechte wichtig. Wir haben mit gewaltlosen Mitteln gekämpft." Diese Ideen und die kulturelle Atmosphäre, in der damals diese Ideen die Menschen beflügelte hätten, müssten auch heute stärker Einzug in Europa finden.

Dr. Carnogursky, ehemals Mitarbeiter der Charta 77 und führender Menschenrechtler, der nach 1989 stellvertretender Ministerpräsident der Tschechoslowakei und danach Justizminister der slowakischen Republik war, sprach über die spezifisch "kulturellen" nationalen Traditionen, welche den Widerstand gegen den Kommunismus beeinflusst hätten. Als Beispiel nannte er die im März 1988 organisierte "Kerzendemonstration" in der Tschechoslowakei, die "erste Massendemonstration gegen den Kommunismus." Unter Berufung auf die von Papst Johannes Paul II geforderte "Freiheit der Religion" und angeregt von den katholischen Bischöfen hätten in der Tschechoslowakei damals tausende Menschen für Glaubensfreiheit und die Einhaltung der Menschenrechte gebetet. "Das war damals unsere Tradition. Dieses kulturelle Erbe haben die Leute aus dem Osten nach Europa eingebracht. Für Europa stellt dies eine Bereicherung dar." Zugleich betonte Carnogursky, dass vom Standpunkt der heutigen geopolitischen Lage und mit Blick auf die Zukunft, die "Wende noch nicht abgeschlossen" sei.

Revolutionen neuer Art

Auf dem Hintergrund der Podiumsdiskussion lohnt es sich, einen Blick auf einige Bücher und Zeitschriften zu werfen, welche in jüngster Zeit erschienen. Erwähnenswert ist u.a. die Zeitschrift "Osteuropa", die in der Frühjahrsausgabe "Freiheit im Blick 1989 und der Aufbruch in Europa" Beiträge führender Bürgerrechtler und Historiker -- darunter Adam Michnik, György Konrad, Jerzy Holzer u.a. -- veröffentlicht, welche aus der jeweiligen nationalen Perspektive über die Ereignisse von 1989 reflektieren. Die Ereignisse von damals, so der Editorial Kommentar, stellten eine "historische Zäsur" dar. Dabei hätten die Bürgerrechtler mit ihrem Eintreten für das Recht, für Gewaltfreiheit und für den Dialog mit den Herrschenden "das Profil des Umbruchs vorweggenommen." Es handelte sich um "Revolutionen ganz eigener Art", getragen von dem Wunsch nach politischer Mitsprache und vollzogen "nicht auf den Barrikaden, sondern am Runden Tisch". Im Reflektieren über die damaligen Ereignisse warnt der Chefredakteur der polnischen Zeitung "Gazeta Wyborcza" Adam Michnik in einem Essay vor einem schleichenden "Zynismus", einer Aushöhlung des Wertekanonens, welcher Europa heute bedrohe: "Es ist der Zynismus in Politik und Gesellschaft, die Deformation der ‚res publica: zur ‚res privata: und die Indifferenz gegenüber dem, wofür die Bürgerrechtler kämpften und wofür der Aufbruch 1989 zum Symbol geworden ist. Auf dem Spiel steht die Verteidigung der Freiheit aus dem Geist der Freiheit."

Lesenswert sind auch das bereits erwähnte Buch des jüdisch/ungarischen Schriftstellers György Dalos "Der Vorhang geht auf. Über das Ende der Diktaturen in Osteuropa" (C.H. Beck Verlag, 2009) und das im Herder Verlag erschienene Buch des ehemaligen ZDF Korrespondenten in Ostberlin Joachim Jauer "Urbi et Gorbis. Christen als Wegbereiter der Wende". Die in den beiden Büchern dargelegten Kernthesen lassen sich wie folgt zusammen fassen:

-

Die Umwälzungen von 1989 waren Ergebnis eines bereits in den 70er Jahren einsetzenden politischen Gärungsprozesses, der von Teilen der Intelligentsia i.e. Menschen- und Bürgerrechtlern und deren Eintreten für mehr Freiheit des Denkens, Menschenwürde und Menschenrechte geprägt wurde. Wichtige Zäsur für Ost- und Mitteleuropa war das auf der KSZE Konferenz in Helsinki 1975 von allen Signatarmächten unterzeichnete Schlussprotokoll, in welchem die Forderung nach mehr Menschenrechten und Freiheit der Information festgeschrieben wurde.

-

Mit den 1976 entstehenden Helsinki Komitees in Osteuropa, der in Prag 1977 gegründeten Bürgerrechtsbewegung Charta 77 und der 1980 erfolgten Gründung von Solidarno[in Polen, setzte eine neue Dynamik ein.

-

Die Bürgerrechtler ebneten den Weg zu einem "Dialog" mit den Machthabern. Am sichtbarsten schlug sich dies nieder in der Einrichtung des "Runden Tisches" in Polen, "einer Pionierleistung" mit Vorbildcharakter für ganz Ost-Mitteleuropa. Es war eine Errungenschaft der 1980 gegründeten Solidarno[, der einzigen organisierten sozialen Bewegung auf Massenbasis in Ost- Mitteleuropa während der 80er Jahre.

-

Ohne ein Mitwirken der politisch Machthabenden wäre es nicht zu den Ereignissen von 1989 gekommen. So wurde der im März 1985 neu gewählte sowjetische KPdSU Generalsekretär und Staatschef Gorbatschow mit seiner Politik der Perestrojka zu einem der wichtigsten Impulsgeber der Ereignisse von 1989. Ebenso bedeutsam war die historische Rolle von Papst Johannes Paul II und die Ausstrahlung seiner Persönlichkeit auf die Bevölkerung in den ostmitteleuropäischen Ländern.

-

Die Ereignisse spielten sich in den jeweiligen Ländern in unterschiedlichen Zeiträumen ab. "In Polen dauerte es zehn Jahre, in Ungarn zehn Monate, in der DDR zehn Wochen, in der CSSR nur zehn Tage." (Osteuropa).

György Dalos: Über das Ende der Diktaturen in Osteuropa

György Dalos lenkt in seinem Buch die Aufmerksamkeit auf Veränderungen, welche mit dem Machtantritt Gorbatschows im März 1985 einsetzten. Zugleich verweist er auf Schlüsselereignisse in den Wendeprozessen verschiedener Länder aus seiner heutigen Sicht hin, die auch Bekanntes, etwa über die Vorgänge in Ungarn und der damaligen DDR in schärferes Licht rücken. Wie Dalos hervorhebt, empfing Gorbatschow am 13. März 1985 die Spitzenfunktionäre des Warschauer Paktes, um mit diesen über die "katastrophale wirtschaftliche Lage und Engpässe" zu diskutieren. Ungarn sah sich damals unter der Regierung von János Kádár einer "besorgniserregenden Staatsverschuldung" gegenüber, die sich im Jahre 1985 auf 14 Milliarden US Dollar belief. Es war die höchste pro Kopf Verschuldung in Ost- Mitteleuropa. In Polen unter Staatschef General Wojciech Jaruzelski betrug die Auslandsverschuldung 30 Milliarden US Dollar.

Mit seiner Politik der "Perestrojka" wurde Gorbatschow damals zum entscheidenden Impulsgeber der Ereignisse. Zusammengefasst bedeutete sie gemäß Dalos: "Die Sowjetunion verzichtet auf das Rüstungsniveau der Achtzigerjahre, zieht sich aus den militärischen Konfliktzonen zurück, findet mit dem Westen einen Modus Vivendi, um von dort die Technologie zu bekommen, mit der sie ihre stagnierende, marode Wirtschaft wieder ankurbeln kann. Parallel dazu löst das Regime Spannungen, indem es den bürokratischen Druck auf Kultur und Öffentlichkeit durch Glasnost mildert und bestimmte Institutionen, vor allem lokale Selbstverwaltungen, demokratisiert. Betriebe und Fachministerien erhalten größere Selbständigkeit, unter anderem auch das Recht, ausländische Partner direkt zu kontaktieren. Privatpersonen dürfen kleine Unternehmen oder Kooperativen gründen."

Dalos zitiert aus einem am 3. Juli 1986 unter strengster Vertraulichkeit in den Räumen des ZK Gebäudes gehaltenen Treffens, in dem Gorbatschow erklärt habe: "Uns allen ist bewusst, dass unsere Beziehungen zu den sozialistischen Ländern in eine neue Etappe eingetreten sind. Wie es war, so kann es nicht weitergehen. Die Methoden, die wir gegenüber der Tschechoslowakei (1968) und Ungarn (1956) anwendeten, sind unannehmbar(...) Wir können keine administrative Methode in der Führung der Freunde anwenden (...) Im Grunde brauchen wir diese Führung über sie gar nicht." Auf diesen äußerst freimütig klingenden Satz sei dann ein anderer Satz von verblüffender Offenheit gefolgt: "Das bedeutet nämlich, dass wir sie uns auf den Hals laden."

Liberalisierung ja -- Machtabgabe nein!

Zu keinem Zeitpunkt sei das Ziel der etablierten Kremelführung die Zerschlagung der Sowjetunion gewesen, sondern Gorbatschow habe ursprünglich lediglich einige Zugeständnisse an die osteuropäischen Partner machen und eine Liberalisierung der Gesellschaft unter dem Vorbehalt der Bündnistreue und bei Wahrung der führenden Rolle der jeweils herrschenden KP zugestehen wollen.

Eine zweite Schlüsselfigur für den in den 80er Jahren einsetzenden Umbruch war der ehemalige Krakauer Kardinal Karol Wojtyła, der im Jahre 1979 zum neuen Papst Johannes Paul II. gewählt wurde. Dalos verweist in seinem Buch auf die geschichtlich gewachsene Rolle der katholischen Kirche und deren spirituelle Rolle bei der Gestaltung der polnischen Nation. Ihre große Anziehungskraft habe sich besonders bei den Besuchen des polnischen Papstes Papst Johannes Paul II. gezeigt. Vor dem Hintergrund dieser Ereignisse sei in Polen mit dem "Runden Tisch" ein einmaliges Experiment gelungen -- das Zusammenbringen der "verfeindeten Eliten des Staates und der Gesellschaft". Dalos spricht von einer absoluten "Pionierleistung", die in den anderen Mitgliedsländern des Warschauer Vertrags mehr oder weniger authentisch nachgeahmt wurde und die in Polen zur ersten Koalitionsregierung unter Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki im August 1989 führten.

Polen und die Wirkung von Karol Wojtyla, des späteren Papstes

Über die große Anziehungskraft des neu gewählten Papstes in Ost- und Mitteleuropa berichtet auch der langjährige ZDF-Korrespondent Joachim Jauer in seinem Buch "Urbi et Gorbis -- Christen als Wegbereiter der Wende." Die Besonderheit der ersten Reise des Papstes 1979 in Polen sieht Jauer darin, dass der Papst in seinen Predigten in Polen, an denen Millionen Menschen teilnahmen, Themen aufgreifen konnte, die zuvor aus der öffentlichen Debatte ausgeschlossen waren: "Freiheit", "Menschenwürde", "individuelle Bürgerrechte" und "Meinungsvielfalt." Jauer verweist auf eine Äußerung des damaligen Sonderbotschafters des amerikanischen Präsidenten Vernon Walters, der (im Gegensatz zu US-Präsident George Bush sen.) frühzeitig die Sprengkraft des Papstbesuches in Polen erkannte und gesagt habe: "Das gab es noch nie. Eine Million kann man nicht unter Kontrolle halten, auch nicht mit Maschinengewehren".

Ein Jahr nach dem Papstbesuch kam es in Polen zu landesweiten Protesten der Arbeiter. Auslöser war die massive Verteuerung von Lebensmitteln. Der Streik ging am 14. August 1980 von der Danziger Werft aus und sprang bald in andere Teile des Landes über. Der Forderung nach höheren Löhnen schlossen sich 80.000 Arbeiter in 300 Betrieben entlang der Ostseeküste an. Als Folge dieses Streiks, in dem Lech Wałęsa zur Symbolfigur des Widerstands wurde, gab die kommunistische Partei nach. Am 17. September 1980 wurde die erste, freie und unabhängige Gewerkschaft im kommunistischen Lager Solidarność gegründet, deren Forderungen von der kommunistischen Regierung anerkannt wurden. Das Aktionsprogramm der Solidarność aus dem Jahre 1981, wurde, wie dessen Autoren kommentierten, in der besten Tradition der Nation verfasst, orientiert an den ethischen Prinzipien des Christentums, verpflichtet dem Erbe des polnischen Geistesleben und eingebettet in die europäische Kultur.

Jauer berichtet in seinem Buch, dass die Ausstrahlung, welche der Papst auf die Bevölkerung in Polen und damit potentiell auf dessen Nachbarländer hatte, mit wachsender Besorgnis in den Ländern des Warschauer Paktes registriert wurde. Von Staats- und Parteichef Leonid Breschnew wurde dieser Papst als "Konterrevolutionär" analysiert. Auf Drängen Honneckers habe Breschnew damals Manöver der Bruderarmeen in Polen angesetzt. "Die Erinnerung sollte Polen drastisch vor Augen führen, dass ein Einmarsch als Antwort auf Solidarność geplant wäre." Im Dezember schickte Papst Johannes Paul II. einen Brief an Breschnew aus Sorge um eine Invasion. In diesem Brief, so Jauer, schrieb der Papst, dass es für die Entspannung in Europa und der Welt unabdingbar sei, treu "an den feierlichen Prinzipien der Schlussakte von Helsinki [festzuhalten], die Kriterien für die Regelung der zwischenstaatlichen Beziehungen proklamiert und insbesondere an dem Grundsatz der Achtung vor den inhärenten Rechten der Souveränität sowie dem Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten jedes einzelnen der beteiligten Staaten." Jauer zitiert aus dem Schluss des Briefes, in dem der Papst schrieb: "Die Ereignisse, die in den letzten Monaten in Polen stattgefunden haben, sind durch die unabwendbare Notwendigkeit des wirtschaftlichen Wiederaufbaus des Landes verursacht, der gleichzeitig einen moralischen Wiederaufbau erfordert auf der Grundlage des bewussten Engagements, in Solidarität aller Kräfte der ganzen Gesellschaft."

Während die drohende Invasion des Warschauer Paktes unterblieb, verhängte Staats- und Parteichef Jaruzelski am 13. Dezember 1981 das Kriegsrecht, den Ausnahmezustand der Regierung gegen Solidarność. Jaruzelski habe damit angeblich dem Einmarsch der Warschauer Pakt Armeen zuvorkommen wollen. Die freie Gewerkschaft Solidarność wurde verboten, 5000 ihrer führenden Mitglieder verhaftet. Diese Sonderregelung wurde erst in der Wendezeit aufgehoben. Doch die Untergrundgewerkschaft Solidarność rief angesichts der drastischen Verschlechterung der Lebenslage und der niedrigen Löhne weiter zu Streiks auf. Angesichts der Streikwellen im Lande sah sich die polnische Staatsführung mit dem Rücken zur Wand gezwungen, auf die Opposition zuzugehen und ein Gesprächsangebot zu machen. Am 31. August 1988 verabredeten die Spitzen der beiden Seiten, einen "Runden Tisch" einzuberufen und Grundlagen der nationalen Verständigung auszuarbeiten. Der "Runde Tisch" tagte ab Februar 1989. Am 4. Juni fanden Wahlen für das Oberhaus (Senat) statt, an denen erstmals die Opposition teilnehmen konnte. Die Wahlen brachten einen überwältigenden Sieg für Solidarność mit sich. Dies führte zu der Bildung einer Koalitionsregierung unter dem ersten

nicht -- kommunistischen Ministerpräsidenten Tadeusz Mazowiecki.

Ungarn 1956 -- schmerzhaftes Aufarbeitung in der Wendezeit

Während Polen mit der Gründung von Solidarno[und der 1989 vorgenommenen Einrichtung des "Runden Tisches" eine "Vorreiterrolle für Ost- Mitteleuropa einnahm, spielten sich im Nachbarland Ungarn Prozesse ab, welche die Wende von 1989 beschleunigten.

Eine Schlüsselrolle spielte in Ungarn der ungarische Reformpolitiker und Mitglied des Politbüros Dr. Imre Pozsgay. Pozsgay, so Dalos, habe eine wegweisende Rolle in der geschichtlichen Debatte gespielt, bei der es um die Frage nach Bewertung des 1956 von sowjetischen Truppen brutal niedergemachten Volksaufstands ging. Von dem ungarischen KP Partei- und Staatschef Janós Kádár als "faschistische Konterrevolution" charakterisiert (1956 wurden 10.000 Menschen von Schnellgerichten abgeurteilt und fast 300 hingerichtet), habe Imre Pozsgay im Frühjahr 1989 als Mitglied einer Historikerkommission von einem "Volksaufstand" gegen eine oligarchische und die Nation demütigende Herrschaftsform gesprochen. Pozsgay verband die Neubewertung des Aufstands von 1956 mit allgemeinen Forderungen nach Erneuerung, darunter die Forderung nach echter Volksvertretung, Mehrparteiensystem, Freiheit des Wortes, Abzug sowjetischer Truppen. Die Autorin des vorliegenden Artikels hatte dank der Vermittlung des ehemaligen politischen Gefangenen und ungarischen Ökonomen Dr. Tibor Kováts Ende der 90er Jahre mehrfach Gelegenheit, mit Dr. Pozsgay zu sprechen, insbesondere über die Frage der Auswirkungen der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise auf Europa, Gespräche, die Dr. Pozsgays Weitsicht und Schlüsselrolle im Wendeprozess ebenso deutlich machten.

27. Juni 1989 -- souveräne Aktion Ungarns leitet Mauerfall ein

Dalos und Jauer weisen zugleich auf die bekannte historische Aktion Ungarns hin, die zu den spektakulären Ereignissen im Sommer 1989 führten. Anfang Mai 1989 begannen ungarische Grenzposten mit der Demontage von Teilen des Stacheldrahtverhaues entlang der ungarisch- österreichischen Grenze. Der ungarische Außenminister Gyula Horn und der österreichische Amtskollege Alois Mock zerschnitten am 27. Juni "demonstrativ" vor Presse und Kameras Stücke des verrosteten Drahtzauns und gaben damit einen Vorgeschmack für die Maueröffnung. Dies leitete eine nie da gewesene Fluchtwelle von Reisenden aus der DDR ein, welche ihren Sommerurlaub in Ungarn zu nutzen versuchten, um über die ungarisch- österreichische Grenze nach Österreich und von da in die Bundesrepublik Deutschland zu gelangen. Ein großes diplomatisches Tauziehen folgte. Ungarn jedoch erklärte, was mit den DDR Flüchtlingen geschehe, sei die "souveräne" Angelegenheit Ungarns und leitete somit einen historisch irreversiblen Prozess ein. Dies war kurze Zeit vorher Gegenstand von Geheimverhandlungen auf Schloss Gymnich zwischen Bundeskanzler Helmut Kohl, Außenminister Hans- Dietrich Genscher, dem ungarischen Ministerpräsidenten Miklós Néméth und seinem Außenminister Gyula Horn gewesen. Am 11. September 1989 verkündete der ungarische Außenminister Gyula Horn über das Fernsehen, dass alle Inhaber eines DDR-Passes vom 11.9. an das Land in Richtung Westen verlassen können. Zehntausende hatten auf dieses Signal gewartet und reisten über Österreich in die Bundesrepublik.

Was die Ereignisse in der Tschechoslowakei anbelangt, weist Dalos auf die um die Charta 77 versammelten Bürgerbewegungen hin. Ihr Kern habe aus mehrheitlich "humanistischen Intellektuellen" um den Dramatiker Václav Havel bestanden und sich auf Prag und Tschechien konzentriert, während in der Bruderrepublik Slowakei und deren Hauptstädte der Bürgerrechtler Milan Simecka und Ján Carnogursky "oppositionelles Gedankengut" gehegt hätten. Dalos verweist im Besonderen auf ein spektakuläres Ereignis, das sich in den Tagen des Wirrwarrs Ende 1989 in Bratislava abspielte. Damals lief ein "absurder Prozess" im Justizpalast der slowakischen Hauptstadt ab, der "gegen den Menschenrechtsaktivisten Ján Carnogursky wegen seiner Samisdatzeitschrift

"Bratislaske Listy" gerichtet war. Man scheute sich nicht, in all dem Wirrwarr ringsum dem Angeklagten umstürzlerische Tätigkeiten im Sinne des Paragraphen 98/2 des Strafgesetzbuches vorzuwerfen", berichtet Dalos. Zugleich hebt er als besondere Form des Widerstandes in der Tschechoslowakei die spektakuläre Unterschriftensammlung im Januar 1988 hervor. Eine katholische Initiative zur Besserung der Lage der Gläubigen, gefolgt von einer im 25. März 1988 organisierten Großdemonstration -- ein öffentliches Gebet mit Kerzen zugunsten der Glaubensfreiheit und Menschenrechte in Bratislava, auf deren besonderen Charakter Dr. Carnogursky in der Diskussion in Berlin hingewiesen hatte.

Wende in der Tschechoslowakei: Kontinuität Frühling 1968-Herbst 1989

Am 24. November sprachen vom Balkon des Verlagshauses Melantrich auf dem Prager Wenzelsplatz Vaclav Havel und Aleksander Dubek gemeinsam zu 300.000 Bürgern, "ein Zeichen der demokratischen und nationalen Kontinuität zwischen Frühling 1968 und Herbst 1989", wie es bei Dalos heißt. Es folgte die Veröffentlichung der "Grundsätze" des Neuen Forums, die Forderungen enthielten, welche auch in Dokumenten der Bürgerrechtsbewegung in anderen Ländern Ostmitteleuropas erhoben wurden: Rechtsstaat, garantierte Bürgerrechte, parlamentarische Demokratie mit mehreren Parteien, parallele Existenz verschiedener Eigentumsformen, soziale Gerechtigkeit, Umweltschutz, Abschaffung der staatlichen Kontrolle über Kultur, Kunst und Wissenschaft. Außenpolitisch habe das Bürgerforum die Zugehörigkeit zur SSR, zu Mitteleuropa, die Notwendigkeit der guten Beziehungen zu allen Nachbarn und vorläufiges Festhalten an der Mitgliedschaft im Warschauer Vertrag und RGW gefordert. Man plädierte für die Beibehaltung der Tschechoslowakei als föderative Staatsordnung, als weiterhin gleichberechtigter Bund der beiden Nationen und aller Nationalitäten. Als Voraussetzung für die Erfüllung des Programms erhob man die Forderung, dass die KPC auf ihre in der Verfassung fixierte führende gesellschaftliche Rolle sowie auf ihr Medienmonopol verzichtet.

Kirchen und die Wende in der DDR

Eine wichtige Rolle bei der Herausbildung eines revolutionären Ferments spielten die Kirchen auch bei den Ereignissen in der DDR. Wie Jauer in seinem Buch hervorhebt, waren die Kirchen, insbesondere die protestantische Kirche, "die einzige institutionalisierte Alternative zu der staatlich verordneten Religion des Arbeiterparadieses. Mit dem Entstehen der Charta 77 in Prag, begleitet von den Helsinki Komitees, seien, so hebt es auch Dalos hervor, "Konturen einer demokratischen Bewegung der Kirche, Kultur und des Dissens" an die Öffentlichkeit gelangt. Dabei arbeiteten viele Kirchengruppen und Zusammenschlüsse von Bürgern, welche von Menschenrechtlern wie Gerd Poppe, Ulrike Poppe, Bärbel Bohley, Wolfgang Templin u.a. organisiert wurden und deren Themenspektrum sich auf Frieden, Ökologie, Glaubensfreiheit oder Menschenrechte konzentrierte.

Damals hätten, so Dalos, die DDR Bürgerrechtler Jens Reich, Rudolf Heinrich und Bärbel Bohley ein Manifest der demokratischen Opposition -- ein Dokument des Minimalkonsens -- verfasst. "Die vorsichtige Vision eines Dritten Weges mit sozialdemokratischem, grünen, christlichen Akzent war der spezifisch deutsche Beitrag zur Wendeideologie". Die Bürgerbewegung habe eine Veränderung nicht durch Verschärfung, sondern Minimalisierung der Konflikte gewollt. (Dalos)

In Leipzig kam es Anfang September im Anschluss an das von dem evangelischen Pfarrer Christian Führer organisierte Montagsgebet in der Nikolaikirche zur ersten Montagsdemonstration. Eine Montagskundgebung, die am 2. Oktober mit 20.000 Teilnehmern in Leipzig stattfindet, wird von Stasi und Volkspolizei gewaltsam aufgelöst. Am 7.-8. Oktober feiert die DDR ihren 40. Jahrestag, wo erneut Gegendemonstranten verhaftet werden. Am 9. Oktober kommt es in Leipzig zur Montagsdemonstration nach dem Montagsgebet mit 70.000 Teilnehmern. Stasi und Polizei greifen diesmal nicht ein. Die

Menge ruft: "Wir sind das Volk" und " Gorbi, Gorbi."

Dalos verweist auf die besondere Rolle von Egon Krenz, der am 18. Oktober 1989 die Nachfolge von SED Staats- und Parteichef Erich Honnecker antritt und der diesen genötigt habe, angesichts der immer größer werdenden Massenkundgebungen im ganzen Lande eine Absage an das Pekinger Konzept (Einsatz der Sicherheitskräfte gegen Demonstranten) zu machen. Die Wende, welche die Ära Krenz mit sich brachte, habe im besonderen die "Versammlungsfreiheit" betroffen. "In den letzten Oktoberwochen wurde das Land von einer Welle von Demonstrationen erfasst. In immer mehr Städten, in Dresden, Eisenach, Halle, Karl- Marx Stadt, Magdeburg, Plauen, Rostock, Schwerin forderten Menschen, aus dem Schatten der Kirche hervortretend, den Kampf gegen Willkür der Mächtigen, die Errichtung demokratischer Institutionen, die Einführung der Selbstverwaltung und die Freiheit der Medien." Der Prozess führte zu jener spektakulären Pressekonferenz von Politbüromitglied Günter Schabowski, der am 9. November während einer Pressekonferenz, die Bestimmungen eines Reisegesetzes "abstotterte" und erklärte, eine sofortige Ausreise sei für alle DDR Bürger erlaubt. Diese sei ab sofort geltend. Dies führte am 9. November 1989 zum Fall der Mauer. Es war der Beginn einer neuen Ära, welche zu einer Überwindung der Teilung Europas führte.

Im Rückblick auf die Ereignisse vor 20 Jahren und die hier dargelegten Absichten führender Protagonisten der damaligen Zeit, stellt sich die Frage, die Dr. Carnogursky in Berlin zu beantworten suchte. Auf welches "kulturelle" Erbe sollten wir uns bei der Gestaltung der Zukunft Europa beziehen? Klar ist: Heute geht es nicht mehr um den Kalten Krieg und die Frage der Überwindung kommunistischer Systeme, sondern heute ist die "soziale" Frage in den Brennpunkt unserer gesellschaftlichen Auseinandersetzungen gerückt. Vor dem Hintergrund der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise lässt sich diese brennende soziale Frage nicht mit Gewalt und Anarchie lösen. Was wir brauchen -- und dies ist die Lehre von 1989 -- ist ein neuer "Runder Tisch", an dem Menschen- und Bürgerrechtler neben Vertretern der Politik, Wirtschaft, der Kirchen und Vertreter aus Kultur und Wissenschaft unter Bezugnahme auf die besten kulturellen Errungenschaften Europas versuchen, neue Grundsätze für eine Veränderung der globalen Wirtschafts- und sozialen Politik zu erarbeiten.

Weitere Literatur

- Osteuropa 59.Jahrgang (Febr./März 2009) "Freiheit im Blick.1989 und der Aufbruch in Europa.
- György Dalos. "Der Vorhang geht auf. Das Ende der Diktaturen in Osteuropa." (C.H.Beck 2009)
- Joachim Jauer: " Urbi et Gorbi. Christen als Wegbereiter der Wende.” (Herder Verlag 2008)

Links zu Artikeln von Dr. Ján arnogursky bei Solon-line:

2008:

- Glaubensbekenntnis eines ehemaligen Dissidenten

- Waldai Klub 2008
- Golfspiel und Russisches Roulette
- English translation: Playing Golf and Russian Roulette
- Russland mit Deutschland oder Russland gegen Deutschland

2007:

- "Russland nicht aus Europa herausdrängen" - Interview mit Dr. Jan Carnogursky
- "Europa ohne Russland ist schwach"

Bildnachweis: Mauer gemälde mit freundlicher Genehmigung von Thierry Noir ([LINK](#))

Weitere Artikel von Elisabeth Hellenbroich finden Sie hier.